

Politik für Zyniker ; Sevcik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **100 (2020)**

Heft 1078

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

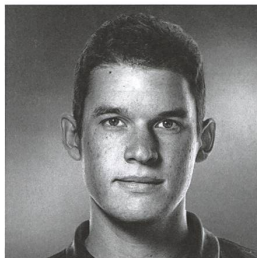
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITIK FÜR ZYNIKER

WIE MAN AN GELD
VOM STAAT KOMMT

Wer in den vergangenen Wochen die Schweizer Politik verfolgte, staunte, wie viel Geld offenbar im Bundeshaus herumliegt. Weit über 70 Milliarden Franken haben Bundesrat und Parlament zur Bewältigung der Coronakrise bisher versprochen.

Verteilte der Bund anfangs relativ breit Kurzarbeitsgelder und Kredite an Unternehmen (beziehungsweise bürgte dafür), folgten bald massgeschneiderte Pakete für bestimmte Branchen: Kinderkrippen, Medien, Fluggesellschaften oder Sportvereine. Dabei zeigte sich das alte Muster, dass staatliche Hilfen üblicherweise an jene Unternehmen gehen, die besonders hilfsbedürftig (lies: schlecht auf eine Krise vorbereitet) sind, besonders wichtig für die Volkswirtschaft (lies: too big to fail) und/oder sonst besonders «wichtig» (lies: politisch einflussreich) sind.

Das Zauberwort heisst «systemrelevant»: Firmen und Organisationen, die sich glaubhaft als unentbehrlich für die Schweiz darstellen konnten, wurden von der Politik mit Geld überschüttet. Offenbar gilt das auch für Unternehmen, bei denen – im Fall der Swiss – eine Expertenkommission des Bundes noch vor wenigen Jahren eine staatliche Rettung als «nicht angebracht» bezeichnet hatte. Oder für internationale Sportverbände, die keine Steuern zahlen und ihre Funktionäre für recht bescheidene Aufgaben recht unbescheiden entlohnen. Der Velohändler um die Ecke, der kein Lobbyingbudget hat, kann hingegen nicht mit einer Vorzugsbehandlung rechnen. Die Kosten dieser Klientelpolitik gehen über den finanziellen Aufwand hinaus, den künftige Generationen in Form höherer Schulden zu tragen haben. Sie bestehen insbesondere auch darin, dass die Akteure ihr Verhalten anpassen. Staatliche Rettungsmassnahmen bestrafen jene, die vorausschauend wirtschaften, und belohnen jene, die am lautesten klagen. Oder die ihr Geschäft am Staat orientieren. Die Nachrichtenagentur Keystone-SDA hat kürzlich ihre Strategie angepasst, um «eine weitergehende Förderung» zu erhalten. Je stärker private Unternehmen vom Staat abhängig sind, desto mehr richten sie ihre Tätigkeit auf die Ansprüche der Politik aus statt auf jene ihrer Kunden. Das allerdings kommt so manchem Politiker vielleicht gar nicht ungelegen.

Lukas Leuzinger

ist Redaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

SEVCIK

THE END OF...
... BERLIN

«Arm, aber sexy» war ein genialer Spruch. Geschaffen vom damaligen Bürgermeister Klaus Wowereit, fasste er die Magie Berlins zusammen: Die Stadt ist zwar arm, aber ein toller, cooler Sehnsuchtsort. Touristen, Studenten und Start-ups liessen sich nicht zweimal bitten. Berlin avancierte

zur Traumdestination aller, die auf Kosten anderer ein tolles Leben haben wollen. Gegen privat finanziertes Wagniskapital ist nichts einzuwenden. Doch alles andere wird von der Allgemeinheit bezahlt – wenn auch nicht von Berlinern. Eine Studie von McKinsey hat schon vor Jahren angemahnt, dass Berlin an den Touristen Geld verliere. Da Berlin billig ist und viele Touristen mit knappem Budget anreisen, dafür aber viele öffentliche Güter in Anspruch nehmen (Museen, ÖV), bleibt Berlin unter dem Strich kaum etwas von den Touristenströmen. Gleichzeitig hat sich ausserhalb des Hauptstadtstaatssektors und einer mittelgrossen Tech-Szene nur eine kaum nennenswerte Wirtschaft etabliert. Die Folge? Berlin bezieht jährlich fast 1000 Euro Subventionen pro Kopf, gleichviel, wie Griechenland von der EU bekommt. Spree-Athen hat nun noch einen draufgelegt: Eine starre Mietpreiskegelung wurde eingeführt und grosse Immobilienkonzerne sollen indirekt enteignet werden. Ziel ist es, Wohnungen der «kapitalistischen Verwertungslogik» (Berlinsprech) zu entziehen. Dies soll allen ermöglichen, ihren Berlin-Lifestyle auf Kosten der süddeutschen Bundesländer (diese überweisen die 1000 Euro pro Kopf und Jahr) weiter auszuleben. In Berlin werden kaum Wohnungen gebaut, dafür aber internationale Konzerne vergrämt; auch der neue Flughafen wird keine Interkontinentalverbindungen haben und die griechenlandartigen Subventionen bleiben ewig bestehen. Wettbewerb und Exzellenz? Grösstenteils Fehlanzeige. Derweil poussiert Berlin als charmanter Gastgeber, als lustiges Rom oder Rio: eine global irrelevante Stadt, in der irgendwie die Vergangenheit immer und immer wieder von Neuem zelebriert, neu aufgelegt und an Touristen und Romantiker verkauft wird.

Thomas Sevcik

ist CEO von arthesia und entwickelt strategische Narrative für Unternehmen, Städte und Spezialprojekte. In seiner Kolumne sortiert er Altes aus und regt Neues an.